

Protokollauszug

aus der

46. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 14.02.2013

öffentlich

Top 3.5 Energiespar-Tarif 13/SVV/0001

ungeändert beschlossen

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Schütt weist darauf hin, dass der Beschluss des Antrages möglicherweise zu Mindereinnahmen bei der EWP führen kann. Er fragt, wer dies dann kompensiert.

Herr Kirsch schlägt vor, bei Überschreiten der vereinbarten Energiemenge eine erhebliche Erhöhung vorzunehmen, mit der die Einnahmeausfälle kompensiert werden können.

Herr Heuer weist darauf hin, dass dies bereits bei anderen Energieversorgern praktiziert wird. Aus seiner Sicht kann auch die soziale Komponente mit der Prüfung abgedeckt werden. Er möchte die Einsparung durch Motivation erzielen.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass sich im Laufe eines Lebens auch veränderte Lebensbedingungen ergeben können, die zu erheblich höheren Verbräuchen führen. Sie bittet, alle Details zu beleuchten.

Herr Kaminski weist darauf hin, dass es auch Menschen gibt, die sich die sehr energieeffizienten Geräte nicht leisten können.

Herr Kleinert macht deutlich, dass aus seiner Sicht die Energieproduktion, die nicht mit der landwirtschaftlichen Produktion in Einklang ist, ein großes Problem darstellt. Er bittet, die Frage der abhängigen Produktion zu berücksichtigen.

Herr Walter weist darauf hin, dass die EWP mit Betrieben einen Spartarif verabredet hat.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsführung der EWP die Einführung eines Energiespar-Tarifs zu prüfen. Der Energie-Spartarif kann eine bestimmte Anzahl von Frei-kWh pro Haushaltsmitglied oder eine Grundmenge an Energie (Sockelbetrag gekoppelt an Familiengröße bzw. im Haushalt lebende Personen) preiswert zur Verfügung stellen und sollte einen über den Grundverbrauch hinausgehenden Verbrauch an eine progressive Preissteigerung koppeln.

Dazu ist die Stadtverordnetenversammlung im April 2013 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0